

„Soforthilfen jetzt!“

Existenzsichernde Maßnahmen sind überfällig



Die Corona-Pandemie zwingt uns zum Nachdenken, wie es jetzt weitergehen soll. Sie trifft die gesamte Menschheit in einer zugespitzten Situation: Klimawandel, ständig wachsende soziale Ungleichheit, starke Verunsicherung und steigende Furcht vor gesellschaftlichen Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen.

Wir sehen, was wirklich wichtig ist, und müssen jetzt eintreten für eine lebenswerte Zukunft

Entscheidende Aufgaben sind derzeit u.a. :

Stärkung des Gesundheitswesens statt Kürzungen; gute Pflege und faire Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern und Pflegeheimen statt Profit und Vorrang der Wirtschaftlichkeit

Erhaltung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge statt Privatisierung

Ausbau des Katastrophenschutzes statt des Militärs

Steuermittel müssen zum Aufbau von umweltschonenden Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaft eingesetzt werden

Förderung von Solidarität und faire Teilhabe statt Ausbeutung und Anstacheln der Konkurrenz. Eine neoliberal ausgerichtete Ellenbogengesellschaft ist asozial

Umverteilung von oben nach unten, einhergehend mit einer angemessenen Besteuerung von Großvermögen und Konzernen. Auf karitative Einrichtungen zu bauen reicht nicht aus! Es ist höchste Zeit, endlich die Politik in die Pflicht zu nehmen.

Jeder – auch jeder kleine - Schritt in diese Richtung ist zu unterstützen!

Der von der Großen Koalition in Aussicht gestellten Einmal-Zuschlag zur Grundsicherung in Höhe von 150 Euro, auszahlbar erst ab Mai, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Eine breite Allianz von mehr als 40 Sozialverbänden, Organisationen und Gewerkschaften hat am 9. Februar 2021 einen Appell veröffentlicht:

„Corona trifft Arme extra hart – Soforthilfen jetzt!“

Gefordert werden:

- die bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro für alle Menschen, die auf existenzsichernde Leistungen wie etwa Hartz IV angewiesen sind
- für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfszuschlag in der Grundsicherung von 100 Euro pro Kopf und Monat
- für die Dauer der Krise ein Verbot von Zwangsräumungen und die Aussetzung von Kreditrückzahlungen

Ein besseres Leben für alle statt Überfluss für wenige!

Von fast 12 Billionen Euro Gesamtvermögen in Deutschland besitzt das obere Prozent fast ein Drittel, die 100 Reichsten verfügen über mehr als 500 Milliarden Euro.

Attac fordert die Finanzierung aller Corona-Krisenprogramme zu Lasten der Vermögenden.

Der aktuelle Umgang mit der Corona-Pandemie trifft weltweit die Ärmsten besonders hart (*Oxfam, der Ungleichheitsvirus*). Die Not von so vielen Menschen ist ein Skandal angesichts des wachsenden Reichtums von einigen wenigen.

Unterstützen Sie den Aufruf

<https://www.der-paritaetische.de/coronahilfe/>



<https://www.attac.de/kampagnen/corona-was-wirklich-wichtig-ist/>